



Mitglieder der GUE/NGL im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments



Alfreds RUBIKS (LV)
GUE/NGL-Koordinator



Patrick LE HYARIC (FR)

Nähere Auskünfte zu den Informationen in diesem Merkblatt:
antons.klindzans@europarl.europa.eu
myriam.losa@europarl.europa.eu
katie.murphy@europarl.europa.eu

Die GUE/NGL ist eine konföderale Fraktion im Europäischen Parlament. In ihr haben sich 34 Europaabgeordnete aus 12 europäischen Mitgliedstaaten zusammengeschlossen, um für Frieden, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Demokratie und Menschenrechte in Europa und der Welt zu streiten.

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Europäisches Parlament
rue Wiertz 43, B-1047 Brüssel
T +32-(0)228-42683
F +32-(0)228-41774

Hergestellt von der Abteilung Veröffentlichungen der GUE/NGL-Fraktion:
GUENGL-Communications@europarl.europa.eu
Fotos: Europäisches Parlament, Europäische Kommission, iStockphoto
Design: Dominique Boon
Druck: Dossche Printing
© GUE/NGL – Brüssel 2011
Auf Recyclingpapier gedruckt



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT



Unterstützung für kleine Agrarbetriebe, Verbraucher und die Umwelt

Ein Plan für eine ausgewogene GAP-Reform



VEREINTE EUROPÄISCHE LINKE/NORDISCHE GRÜNE LINKE
FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Zentrale Forderungen der Fraktion GUE/NGL zur GAP-Reform:

- Anerkennung des Rechts auf Nahrung, Nahrungsmittelsouveränität und Nahrungsmittelsicherheit als grundsätzliche Prinzipien;
- Vorrang der Fähigkeit der Entwicklungsländer, ihre Produktion entsprechend ihrem nationalen oder regionalen Ernährungsbedarf nach Maßgabe der Besonderheiten jedes Landes zu entwickeln;
- Hauptziel der GAP sollte die Erzeugung von gesunden und qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Umweltschutzes sein;
- Die Anwendung des Vorsorgeprinzips auf GVO (gentechnisch veränderte Organismen) wegen ihrer gesundheitlichen, ökologischen und sozioökonomischen Risiken;
- die Rücknahme von GVO-Sorten, die bereits auf Druck multinationaler Konzerne eingeführt wurden;
- Flexibilität und Klarheit in der Anwendung.

Eine ausgewogene, vereinfachte und flexible GAP

Wir als Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament meinen: Das oberste Ziel der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) muss sein, die Ernährungshoheit und die Ernährungssicherheit der Völker zu gewährleisten.

Regierungen haben die Pflicht, dieses grundlegende Menschenrecht zu schützen, zu verwirklichen und dafür Sorge zu tragen, dass entsprechende Maßnahmen auch zum Umweltschutz beitragen und die Entwicklung in ärmeren Ländern nicht behindern.

Hierfür braucht es eine agrarpolitische Ausrichtung, welche den spezifischen Produktionssystemen aller Staaten und Regionen Rechnung trägt und durch die gesamte Lebensmittelkette reguliert wird. Kleinerzeuger müssen besonders unterstützt, Erzeuger fair entlohnt und lokale Märkte gestärkt werden.

Die reformierte GAP muss unbedingt flexibel gestaltet und die unterschiedlichen landwirtschaftlichen und ländlichen Traditionen in den Mitgliedstaaten berücksichtigt werden. Auch ist eine Vereinfachung der GAP von zentraler Bedeutung für Gesetzgeber und Begünstigte.

Bei jeglicher Neuerung muss ebenfalls berücksichtigt werden, wie Landwirte dazu beitragen können, den Klimawandel zu bekämpfen. Es muss Instrumente geben um sowohl Hunger zu bekämpfen, als auch die Fruchtbarkeit des Bodens und die biologische Vielfalt zu erhalten. Ergebnisse von Untersuchungen zu Risiken und Vorzügen neuer Pestizide oder neuartiger Methoden in der Landwirtschaft müssen durch die Mitgliedstaaten öffentlich zugänglich gemacht werden.

Auch Ernährungsprogramme, die auf die Versorgung von bedürftigen Menschen mit ausreichenden Mengen hochwertiger Lebensmittel abstellen, sollten in die EU-Agrarpolitik einfließen und mit einem gesicherten Rechtsrahmen gestärkt werden.



Ein globales Anliegen

Internationale Finanzspekulation und Deregulierung der Märkte tragen stark zu Hunger und Armut bei. Sie treiben die Agrarpreise drastisch in die Höhe, welche dann die Probleme der Zugänglichkeit insbesondere für Einkommensschwache und Menschen ohne Einkommen verschärfen.

Gründe für die derzeitige Nahrungsmittelkrise, deren Folgen am Horn von Afrika am verheerendsten sind, sind zunehmende Spekulation mit landwirtschaftlichen Rohstoffen und strukturelle Anpassungen des IWF und der Weltbank.

Die Produktion und der Vertrieb im Nahrungsmittelsektor sind einem starken Konzentrationsprozess unterworfen. Sie geraten zunehmend unter die Kontrolle von Großunternehmen, die enorme Gewinne erzielen, indem sie von den Verbrauchern ein Mehrfaches des Preises fordern, den sie selbst an die Produzenten zahlen. Diese Kontrolle bereitet den Boden für eine rasche Zunahme der Einfuhren und der Spekulationen. Auf diese Weise können große Nahrungsmittel- und Einzelhandelskonzerne eine marktbeherrschende Stellung einnehmen, was sich unmittelbar auf die Nahrungsmittelsouveränität auswirkt.

Wir fordern, die Landwirtschaft von den Bestimmungen der Welt Handelsorganisation, die die Konzentration der Produktion in bestimmten Regionen und Ländern begünstigen, auszunehmen.

Unterstützung für kleine und mittlere Agrarbetriebe

Die Nahrungsmittelkrise macht deutlich, dass eine Marktregulierung zugunsten der kleinen und mittleren Landwirte unerlässlich ist. Im Rahmen der GAP-Reform muss dafür Sorge getragen werden, dass diese Landwirte für ihre Produkte einen fairen Preis erhalten.

Die Lebensmittelkette muss gänzlich transparent sein, und Agrarerzeugnisse dürfen nicht mit Verlust verkauft werden. Die Lebensgrundlagen kleiner Landwirte dürfen nicht an Großbetriebe übertragen werden. Es müssen nationale Schlichtungsstellen eingerichtet werden, um eine nach den Regeln der Fairness funktionierende Lebensmittelkette zu gewährleisten und aufrechtzuerhalten, die Erzeugern in der Agrar- und Ernährungswirtschaft langfristige Sicherheit und Preisstabilität bietet.

Alle Marktinstrumente müssen dem Schutz dieser Grundsätze dienen, indem sie kleinere Betriebe und Genossenschaften stärken und ihre Einnahmesituation stabilisieren. Die Reform sollte ausschließlich aktive Landwirte betreffen und eigene Definitionen für „kleine“ oder „aktive“ Landwirte anwenden.

Die GUE/NGL will Direktzahlungen auf einer Höhe von 100 000 EUR deckeln, um eine gerechte Verteilung der GAP-Mittel zu gewährleisten. Zu den unverzichtbaren Bestandteilen einer jeden Reform gehört auch ein Mindesteinkommen für Kleinbauern.

Die GUE/NGL ist über die Entwicklungen im Rahmen der derzeitigen GAP-Reform zutiefst besorgt und spricht sich gegen eine stärkere Deregulierung sowie gegen Versuche aus, intensivere Landbaumethoden zu etablieren, die für kleine Erzeuger Kürzungen mit sich bringen würden.

Zentrales Anliegen der Agrarpolitik muss sein, nachhaltige Agrarbetriebe und Genossenschaften zu unterstützen – gepaart mit dem politischen Willen, dem lokalen und regionalen Handel Vorrang einzuräumen.